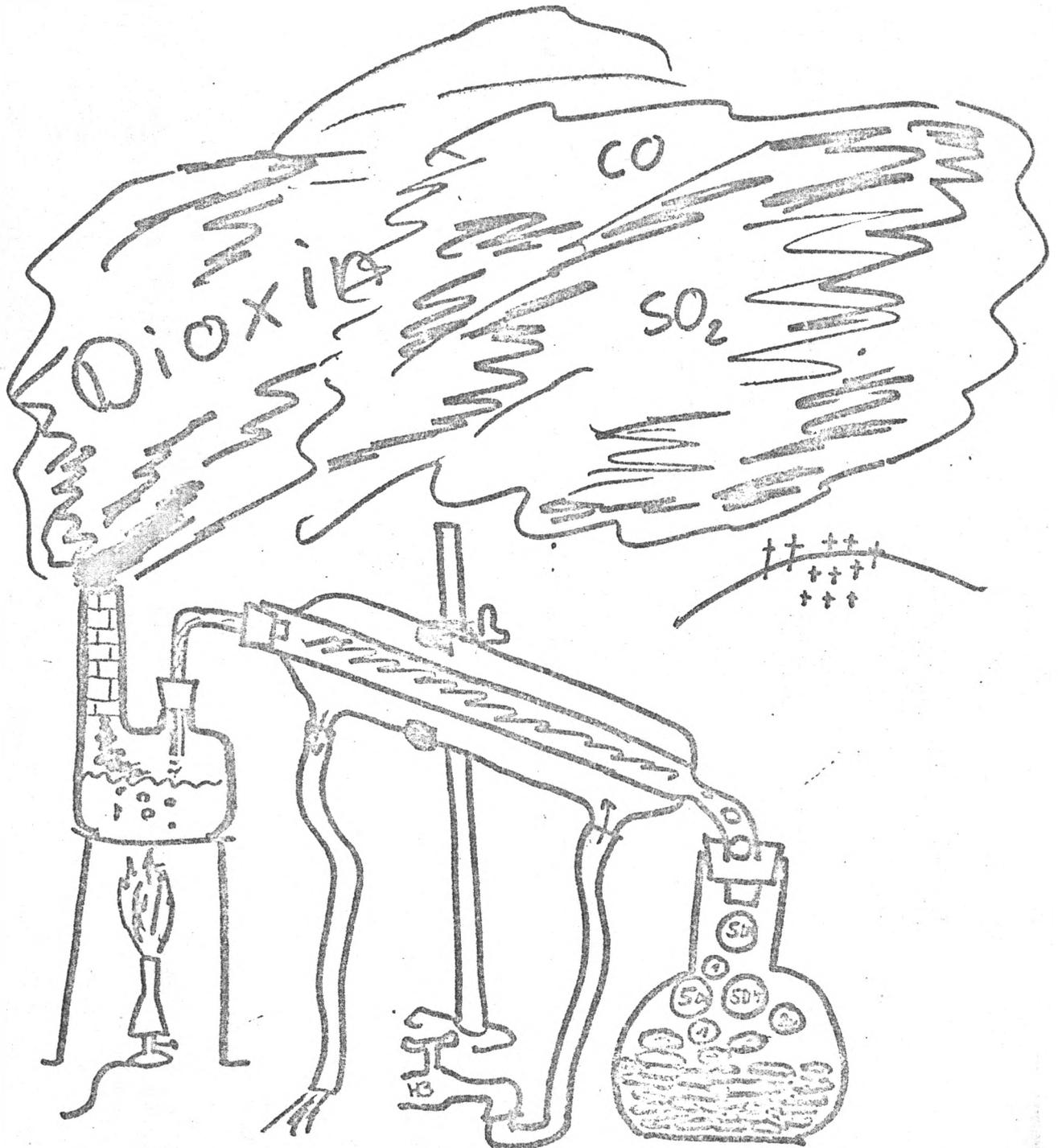


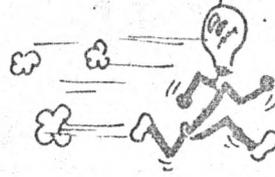
chemie info

Nr. 22

Februar 1978



Herausgeber: Fachschaft Chemie



INHALT

oder was da all' d'rin is' !

Seite	Titel
3	Brauchen wir den 3oh - Tag oder manche kriegen nie genug
5	Ein Nachruf
7	Organisch-chemisches Grundpraktikum
9	Resolutionsvorschlag (für LUST-Kommission 7,8,9)
10	Für den Profit über Leichen: IG-FARBEN
12	Informationen zum 3. Russel- Tribunal
16	Wer hat den längeren Arm ? oder nochmal PC-II-Klausur.
18	Short Kommunikation (Rechenschaftsbericht)
19	Selbstorganisation der Zivildinstleistenden
20	Wenn es Nacht wird in Darmstadt und Umgebung oder Wie die bösen Studenten die armen Professoren um ihre verdiente Nachtruhe gebrachthaben !

L
I
E
B
E
L
S
T
E
R



Brauchen wir den 30h-Tag?

oder

Manche kriegen nie genug!

TATORT: E. Zintl-Institut

OPFER: die Studenten des 2. Semesters Chemie (Dipl.)

TÄTER: Professoren des FB 7

die Vorgeschichte: Im 2. Semester waren laut Stundenplan 50 Pflichtwochenstunden vorgesehen, davon 30 für das qualitative anorganische Grundpraktikum. Außerdem mehrere mündl. und schriftl. Prüfungen in Mathematik und Analytik. Wenn dabei überhaupt noch an Vor- oder Nachbereitung von Vorlesungen oder an das Rechnen von Übungen zu denken war, dann nur auf Kosten einzelner Fächer. Eines dieser Fächer war seit eh und je die PC. Der Besuch der PC-Vorlesungen und -Übungen war spärlich, der übermittelte Stoff entsprechend. Für die Professoren der PC drängte sich nun die Frage auf: Was tun? Da man sich (wie üblich) unter den Professoren der FB'e 7 und 8 nicht einigen konnte, entschied man sich dafür, den Studenten im 3. Semester die Belastung einer PC-Vorlesung zu ersparen und dafür im 2. und 4. Semester eine Vorlesungsstunde mehr einzuplanen. Als "Anreiz" für die Studenten, diese Vorlesung auch zu besuchen, entschloß man sich für eine kleine Abschlußklausur, die gleichzeitig Eingangsvoraussetzung für das PC-Praktikum im 4. Semester sein sollte. Wer diese Klausur nicht bestehen würde, müßte dafür ein Eingangskolloquium am Anfang des 4. Semesters (kurz nach dem Anorganik/Analytik-Vordiplom!) ablegen.

die Tat: Zu Beginn des WS 77/78 wird der Stundenplan auf 51 Stunden hochgeschraubt - nur 2% mehr- und von den Studenten eine lockere Klausur über chem. Thermodynamik (eines der leichtesten und einsichtigsten Gebiete der PC) verlangt.

das Nachspiel: Die studentischen Vertreter im FBR7 holen eine Rechtsauskunft ein. Sie sind der Meinung, das "die Tat" einen massiven Eingriff in den Studien- und Stundenplan darstellt und die Belastung der Studenten im 2.Semester unzumutbar erhöht. Leider ist der zuständige Mann im Präsidialamt nicht dieser Meinung (siehe "Freiheit der Lehre und Forschung"). Teilweise stützt sich die Begründung auf eine Aussage des Dekans Prof. Weiss des FB 7, der behauptet, das Eingangskolloq. im 4.Semester gäbe es schon immer und die Klausur im 2.Semester gebe den Studenten nur die Möglichkeit, es nicht ablegen zu müssen!

Dies ist eine groteske Verdrehung der Tatsachen. Es ist nicht wahr, daß jemals (zumindest seit 1972) ein solches Eingangskolloq. abgehalten wurde. Daran und am kompromißlosen Verhalten des z.Zt. zuständigen Professors Haase, der bereits einen Klausurtermin festgelegt und gesagt hat, daß die Klausur in jedem Fall geschrieben wird, auch wenn nur einzelne Leute daran teilnehmen, läßt sich leicht erkennen, daß die Professoren sich ihrer Sache durchaus nicht sicher sind. Sie müssen sich hinter solchen zweifelhaften Maßnahmen verstecken und in Argumentationen flüchten wie es sei im Interesse der Studenten, es sei ja nur eine Übergangslösung bis zur großen Studienreform usw.

Man hat auf Professorenmenseite jeden Realitätsbezug verloren und sieht nicht mehr, daß irgendwo nun einmal eine Grenze ist, sei es auch nur die menschliche Natur und der Tag, der eben mal nur 24 Stunden hat.

Es sagte ein Student des 2.Semesters: "Wir tun alles, was wir können in der PC, mehr geht einfach nicht. Da können sie 10 Klausuren einführen; wir können trotzdem nicht mehr tun als jetzt!"

Ich hoffe, daß irgendwann mal einer auf die geniale Idee kommt, daß es genug ist!?!!



EIN NACHRUF

- 5 -

Abgesehen von der Frage nach der Effektivität und der Zweckmäßigkeit des quantitativen Praktikums soll hier der Versuch einer kritischen Übersicht über das (fast) vergangene Praktikum unternommen werden.

So ließ sich z. B. - trotz gegenteiliger Beteuerungen Herrn Dellers - der Verdacht einer Unregelmäßigkeit bei der Einstellung der Aluminium-Lösung nicht ausräumen; vor allem, da erstaunlicherweise nach einer gewissen Zeit (neueingestellte Lösung???) bei analoger Versuchsdurchführung die Titration plötzlich ohne "Korrekturfaktor" zum richtigen Ergebnis führte.

Auch bei der Handhabung der "Bußgelder" für das Nichttragen von Brillen wäre eine etwas weniger pedantische Haltung der "Kassierer" erwünscht gewesen, ohne dabei die Notwendigkeit von Schutzbrillen in Frage zu stellen. Außerdem ist die Festsetzung einer Strafgebühr doch wohl in das Ermessen der Studenten des Praktikums gesetzt und kann nicht von "Oben" bestimmt werden.

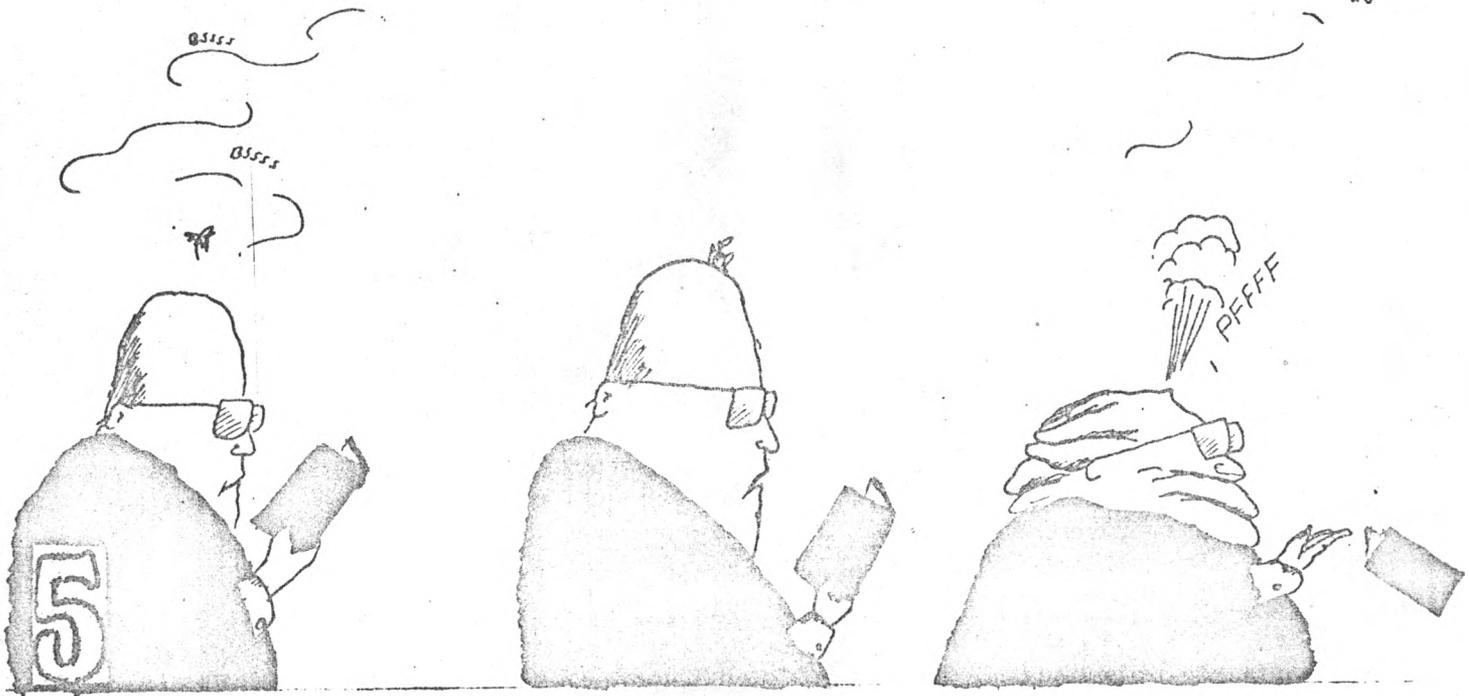
Daran, daß man nach Feierabend die Chemie ("duft-"mäßig) auch unter der übrigen Bevölkerung verbreitet, gewöhnt man sich ja mit der Zeit, obwohl es höchst fragwürdig erscheint, daß die Gesundheit der Studenten im Etat des Instituts hinter den Forschungsaufwendungen zurückstehen soll. Schließlich hat man gerüchtelehalber schon mal was von sog. MAK-Werten über die zulässige Belastung gehört. Daß man aber auf Arbeitsgeräte (Rührer, Ionenaustauscher, Platingeräte, etc.) wegen Mangel teilweise tagelang trotz Listen warten muß, wirkt sich auf das "Betriebsklima" recht negativ aus. Wir sind zwar das erste - aber bestimmt nicht das letzte - Semester dieser Größe, so daß Neuanschaffungen sicher sinnvoll wären.



Zu all diesen erfreulichen Umständen kommt als krönender Abschluß noch die Tatsache, daß wir (im Vergleich mit anderen Hochschulen sogar noch erheblich mehr) unsere Chemikalien selbst zahlen dürfen; und wir können uns von den Chemielehrlingen beneiden lassen, denen der Betrieb leider zu ihrem Bedauern immer noch die Unkosten abnimmt. Bis zum 24. Feb. werden wir frohen Herzens unsere Rechnungen von schätzungsweise min. 50 bis 100 DM begleiten in dem Bewußtsein dadurch mehr Geldmittel für die freie Forschung übrig gelassen zu haben. Dabei möchten wir allerdings nicht unerwähnt lassen, daß wir zudem noch sehr beglückt sind, diese (nämlich die Forschung) auch noch durch den stark vermehrten Eigenkauf von Glasgeräten und sonstigen Labormitteln wirkungsvoll unterstützt zu haben.

Das erhebende Bewußtsein der "Forschung & Lehre" gedient zu haben, läßt bei uns Studenten die Tatsache verblassen, daß wir von den dieses Semester aufgewendeten ca. 300 DM (incl. Prüfungsgeb., etc.) sicher einen halben Monat gut hätten leben können.

Bei all diesem guten Willen unserer Seite sind wir jedoch etwas betrübt, daß unsere "Labor"-Feste (bzw. dann richtiger: Semesterfeste) nicht mehr im Labor stattfinden dürfen. Die Begründung, daß vor fast zehn Jahren beim "Abflämmen" (statt Abnehmen) der Dekoration einmal ein Schaden von ungefähr 50 DM entstanden ist, erscheint uns doch etwas fadenscheinig und fragwürdig. In der Überzeugung, es handele sich hierbei um ein Mißverständnis und nicht um vorsätzliche Schikane, hoffen wir auf baldige Änderung dieser Regelung.



Moderne Logik.....

.....ist es, wenn ein Professor ankündigt, seine Vorlesung am 23.12. ausfallen zu lassen, dann vom Präsidenten der Hochschule nahegelegt bekommt, eine andere Vorlesungsstunde, die auf einen hochschulpolitischen Aktionstag fällt, nicht zu halten, diesem Wunsch entspricht, seinen Studenten aber unter der Begründung, er könne keine 2 Vorlesungen ausfallen lassen, erklärt, die Veranstaltung vom 23. 12. müsse nun doch stattfinden und diese kurzentschlossen an dem hochschulpolitischen Tag abhält.

(so geschehen bei Professor Haase in PC, 2. Semester).

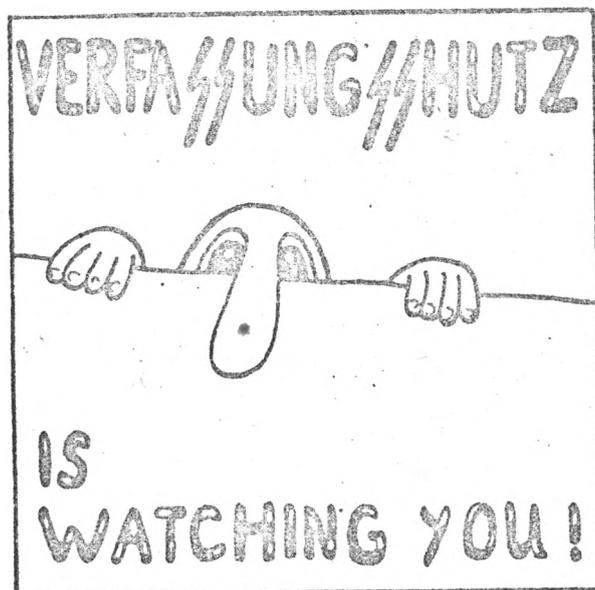
Organisch-chemisches Grundpraktikum

Wer in den ersten vier Semestern die gute Laune nicht verloren hat, dem wird das bestimmt hin und wieder im OC-Grundpraktikum passieren. Aber: Nur nicht unterkriegen lassen!

Da ist erst mal das Äußerliche: Genug Platz zum Arbeiten, eine gute Ausrüstung, die meisten Anlagen funktionieren. Daß manchmal das Kontaktthermometer in der Saalausleihe schon ausgeliehen ist, drei Leute mit Schmelzpunktröhrchen auf ihre Bestimmung warten, zehn Studenten und zwei Assis schon an der Chemikalienausgabe stehen, ist störend, wenn man eh' mit den Nerven fertig ist.

24 Präparate sind abzugeben; wenn's nicht klappt, muß man meist nochmal kochen: durchschnittlich zweimal im Semester.

Für jedes Präparat braucht man eine halbe bis zu einer Woche,



außerdem ca drei Stunden für die theoretische Vor- und Nachbereitung (Protokollheft). Nebenher sind je drei Proben von neun Stoffklassen zu analysieren. Meist kann man das wirklich nebenher erledigen; man braucht ungefähr einen halben Tag pro Gruppenbestimmung.

Das hört sich bisher nicht so schlimm an, und es soll auch nach Assistentenauskunft- kaum einen geben, der das Kochen nicht schafft. Der große Hammer sind aber die Klausuren: 6 Stück, die sich im Schwierigkeitsgrad deutlich von den zwei unterscheiden, die während der Grundvorlesung geschrieben wurden. Außerdem findet ein Abschlußkolloquium statt.

Weil man für die Präparate von 8-18 Uhr im Labor sein muß, ist es kaum möglich, sich abends noch auf die Theorie zu konzentrieren. Man bleibt vor der Klausur am Besten zu Hause. Für die Vorbereitungszeit muß jeder selbst wissen, wie lange er für 70-100 Seiten Organikum, 50 Seiten Sykes, ... braucht. Doch der Erfolg dieser Paukerei wird nicht sichtbar, die Noten liegen weit unter denen der ersten vier Semester, und die Durchfallquote beträgt um 20 %.

Ein weiterer Steßfaktor für Nervenschwache (das sind alle, die es noch länger als einen Monat im Labor aushalten) ist ein unvorhergesehenes Platzkolloquium über ein Präparat oder eine Gruppenbestimmung, vom Assistenten oder vom "Chef" persönlich abgehalten. Es besteht nämlich von höherer Seite der Anspruch, uns zu kritischen und denkenden Menschen zu erziehen - den Präparaten gegenüber.

Trotzdem fühlt man sich manchmal in die erste Schulzeit zurückversetzt: Klausuren gibt's erst zurück, wenn sie durchgesprochen sind, und Auswendiglernen ist das A und O.

Fazit: Man kann es schaffen, aber Mensch sein ist unmöglich!!

IN LETZER MINUTE
EREICHTE VUS NOCH
FOLGENDE SUCHMELDUNG:

Suche mutige Bürger

»Was wir hier in diesem Land
brauchen, ist der mutige
Bürger, der die roten Ratten
dorthin jagt, wo sie
hingehören - in ihre Löcher.«

F. J. Strauß

Resolutionsvorschlag:

An den Vorsitzenden der LUST-Kommission der 3 Chemiefachbereiche,
Herrn Prof. Dr. R. Kreher,
Im Hause

Sehr geehrter Herr Kreher!

Wir bitten, die Besprechung der Einführung einer neuen Klausur in Physikalischer Chemie Anfang des 3. Semesters durch Herrn Haase auf die Tagesordnung der nächsten LUST-Ausschußsitzung zu setzen. Die Besprechung kann nicht verschoben werden, da dies die letzte Sitzung vor Beginn des Semesters ist, in dem diese Frage akut wird. Wir schlagen vor, Herrn Haase als Gast für diese Sitzung einzuladen.

Als Resolution, auf die sich die Kommission einigen könnte, schlagen wir vor:

"Für biochemische Reaktionen werden häufig Ping-Pong-Mechanismen diskutiert. Die Kommission hält jedoch die Simulation mit Studenten als Enzymanalogon und den nach und nach eingeführten Studienverschärfungen in Anorganischer Chemie (Abschlußkolloquium zum qualit. Grundpraktikum), Organischer Chemie (2 Klausuren während der Grundvorlesung, Spektroskopischer Kurs obligatorisch) und Physikalischer Chemie (1 Versuch mehr im Grundpraktikum, 1 Klausur im Fortgeschrittenenpraktikum) als Substratanaloga aus technologischen Gesichtspunkten für ungeeignet: Über die dynamische Stabilität des Systems "Student" ist nicht bekannt, welches Ausmaß der Störungen zu sich aufschaukelnden Schwingungen führt. Die Kommission legt daher Herrn Haase dringend nahe, sein Substratanalogon zurückzuziehen."

Mit freundlichem Gruß

die studentischen Vertreter im
LUST-Ausschuß

Am Fastnachtsdienstag, A.D. 1978

Es sagte.....
Professor Haase (über Aktivierungsenergie bei chemischen Reaktionen):
"Wenn wir sehen, wie weit unser Molekül am Rande der Maxwell-Ver-
teilung liegt, dann können wir verstehen, warum es nicht mehr leben
will."

Beginn einer Serie über die Praktiken deutscher Chemie-Monopole:

Für den Profit über Leichen:

IG FARBEN

Zusammengestellt aus:

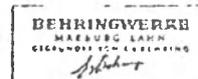
Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumen-
ten, köln 1975

*Fernschreiben von Georg von Schnitzler, Mitglied des Vor-
stands und des Zentralausschusses der IG Farbenindustrie AG,
an Kurt Krüger, Direktor der IG Farbenindustrie AG, vom 7.
September 1939 über die Aneignung chemischer Fabriken in
Polen (Auszüge)*

„Bitten schon jetzt RWiM von nachstehenden Zusammen-
hängen zu unterrichten: Im Laufe der nächsten Tage werden
aller Voraussicht nach vier polnische Farbstofffabriken in
deutsche Hände fallen... Auf den Fabriken befinden sich er-
hebliche und wertvolle Vorräte in Vor-, Zwischen- und End-
produktion, alle fast ausschließlich auf dem Gebiet der Teer-
farbstoffe und der ihnen verwandten Hilfsprodukte. Ohne zu
der Frage des Weiterbetriebes der Fabriken im gegenwärtigen
Moment Stellung nehmen zu wollen, möchten wir es für un-
bedingt erforderlich halten, daß die Verwertung der vorgesag-
ten Vorräte im Interesse der deutschen Volkswirtschaft durch
Sachverständige erfolgt. Nur die IG ist in der Lage, diese
Sachverständigen zu stellen. Haben hier vorgesehen, daß
Herr Direktor Schwab, der Leiter unseres hiesigen osteuropä-
ischen Farbstoffgeschäfts, für diese Aufgabe bereitgestellt
werden soll... Sind Mitte nächster Woche persönlich in Ber-
lin, um weitere Besprechungen mit zuständigen Stellen aufzu-
nehmen, und bitten, solche Besprechungstermine vorzuberei-
ten.“

I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

PLATZNAME: WEIMARER BUCHENWALD
Bau-Nr.: 1044 WEIMARER BUCHENWALD
KURZNAME: Buchenwald 1044



An den
Standortarzt der Waffen-SS
Herrn Dr. H o v e n,
SS-Hauptsturmführer d.R.

Weimar - Buchenwald

IHRE ZEICHEN: IHRE NACHRICHT VOM: UNSERE ZEICHEN (für Antwort):
Ef. 8414 MARIENBURG-LAHN den 18.2.43

Sehr geehrter Herr Dr. Hoven!

Wie mit der Heeres-Sanitätsinspektion verein-
bart, sollen am Donnerstag, den 25. Februar
weitere 10 Operations-Nummern anderes Gelb-
fieber-Impfstoffs in Buchenwald geprüft werden.
Wir werden, wie üblich, unseren Boten so ents-
senden, daß er mit dem Zug 12,55 Uhr in Weimar
eintrifft und wir bitten Sie, zu diesem Zeitpunkt
den Impfstoff auf dem Bahnhof in Weimar abholen
zu lassen. Das Transportgefäß wollen Sie bitte
unserem Boten so rechtzeitig wieder zusenden,
lassen, damit dieser die Rückfahrt nach Marienburg
am 20,15 Uhr antreten kann.

Heil Hitler!
I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft
Abt. Behringwerke Marienburg.

Handwritten initials and marks.

„Es ist die hundertprozentige Schuld der IG-Leitung, daß unzählige Tausende nicht mehr einsatzfähiger Häftlinge vergast worden sind“

Eidesstattliche Erklärung des ehemaligen KZ-Häftlings Dr. Gustav Herzog über die Lage der Häftlinge bei IG-Farben und die Vergasung physisch erschöpfter Häftlinge (Auszüge)

„... Es ist die hundertprozentige Schuld der IG-Leitung, daß unzählige Tausend nicht mehr einsatzfähiger Häftlinge vergast worden sind. Ich habe viele Ansprachen mir bekannter Ingenieure und Leiter der IG an Häftlinge gehört, bei denen ausdrücklich gesagt wurde, daß man an Menschen, die nicht voll arbeiten können oder wollen, kein Interesse habe.

5. Eines Tages im Winter 1942/43, als der Lagerstand von Buna (Monowitz) etwa 3000 - 3500 Häftlinge war, ließ Hauptsturmführer Schwarz, der in Begleitung von Walther Dürrfeld und einiger SS-Leute der Lagerführung war, sämtliche Häftlinge in 5er Reihen antreten und an sich vorbeimarschieren. Hauptsturmführer Schwarz hat alle Häftlinge, die nur irgendwie nicht ganz kräftig schienen, heraustreten lassen. Sie wurden von SS-Leuten umstellt, und ihre Nummern wurden notiert. Walther Dürrfeld fragte hier und da nach besonderen Berufen, wie Elektriker oder Schleifer. Damals wurden etwa 1000 - 2000 Häftlinge ausgewählt und kamen sofort in die Gaskammern. Ich weiß es daher, da die Häftlingsschreibstube, in der ich zu dieser Zeit arbeitete, 2 oder 3 Tage später die Listen erhielt erhielt mit der Bemerkung, diese Häftlinge seien vom Stand abzusetzen. Das wurde offiziell SB (Sonderbehandlung) genannt ...

11. Die Methode der IG Farben, nur voll Arbeitsfähige in Buna zu belassen, hat weitaus mehr Todesopfer gekostet als die individuellen Morde in anderen KZ. An dieser Generallinie kann auch nichts dadurch geändert werden, daß die IG an die bei ihr arbeitenden Häftlinge eine ‚Werkssuppe‘, d.h. warmes Wasser mit ein wenig Kraut oder Rüben, abgab, oder daß sie z.B. anordnete, daß die in ihren Büros arbeitenden Häftlinge (als Buchhalter z.B.) öfters frische Wäsche und Seife erhalten müßten ...“

Erklärungen unter Eid von Karl Sommer, seinerzeit stellvertretender Amtschef im Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS, vor dem Nürnberger Militärgerichtshof (1947) über den Einsatz von KZ-Häftlingen in der Industrie (Auszüge)

„... Verschiedene Betriebe von Privat-Unternehmungen waren direkt in Konzentrationslagern oder direkt außerhalb der Konzentrationslager gelegen, so z.B.: Krupp in Auschwitz, wo unter Aufsicht von Krupp-Ingenieuren und Meistern Zünder gemacht wurden. Der Siemens-Konzern hatte einen Betrieb im KL-Lager Ravensbrück und einen anderen innerhalb des KZ-Lagers Auschwitz. Die Walther-Waffenwerke Zella-Mehlis betrieben im KZ-Lager Buchenwald einen Karabinermontagebetrieb. Die Gustloff-Werke AG hatten einen eigenen Betrieb neben dem KZ-Lager Buchenwald. Zeppelin Luftschiffbau erzeugte Fesselballons in einem Werk bei Sachsenhausen. Die Metallwerke Neuengamme (Walther, Zella-Mehlis) betrieben ein Werk beim Konzentrationslager Neuengamme ...

Der IG-Farben wurde in Buna Priorität für die Gestellung von KZ-Insassen eingeräumt, vor allen anderen Rüstungsbetrieben. Maurer hatte mir von der Anweisung Kenntnis gegeben, erst dann anderen Betrieben Insassen zuzuteilen, wenn der Bedarf von Buna gedeckt war ...

Die betreffenden Firmen wurden aufgefordert, von dem vorhandenen Material in dem betreffenden Material in dem betreffenden KZ-Lager oder, wenn nötig aus mehreren KZ-Lagern die für sie am besten geeigneten Arbeitskräfte herauszunehmen.



Max Faust der IG Farben besichtigt Auschwitz und berät mit Himmeler den Aufbau des Buna-Werkes

DR. OTTO AMBROS

BEREINDUSTRIE ANTIKONTAKTGESellschaft

SUDWIRTSCHAFTEN A.B. 12. April 1947/51
Fernsprecher 4172

An die Herren
Direktor Dr. Ter Meer
Direktor Dr. Strus

IG-FARBEN

Sehr geehrte Herren!

In Anlage übersende ich Ihnen die Berichte über unsere Beutesprechungen, die regelmäßig wöchentlich einmal unter meiner Leitung stattfanden.

Sie entnehmen daraus die organisatorische Regelung und vor allem den Beginn unserer Tätigkeit im Osten.

Inzwischen fand auch am 7.4. die konstituierende Gründungsversammlung in Katowitz statt, die in großen und ganzen befriedigend verlief. Gewisse Mängelstände von kleinen Antezedensien konnten schnell beseitigt werden.

Dr. Eckell hat sich dabei sehr bewährt und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SD sehr segnerreich aus.

Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einrichtung des wirklich hervorragenden Betriebes des KZ-Lagers zugunsten der Bundeswehr betreffen.

Ich verbleibe mit besten Grüßen
Dr

Otto Ambros

Ambros war im Aufsichtsrat der Bergwerksgesellschaft Hibernia, Vorstandsmitglied im Chemikalienausschuß der IG Farben, Vorsitzender Süddeutsche Kali-Stickstoffe, Wehrwirtschaftsführer.

Die Vertreter derselben betraten zu diesem Zweck das Innere des Lagers bzw. das Lager in Begleitung des Lagerkommandanten oder seines Beauftragten und hatten dadurch Einblick in die Bedingungen, die in dem betreffenden KZ-Lager herrschten.

Im ganzen waren ungefähr 500 000 - 600 000 Insassen von KZ-Lagern durch das WVHA für den Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt ...“

Informationen zum 3. Russel-Tribunal

1963 wurde von dem englischen Mathematiker und Philosophen, Friedens- und Nobelpreisträger Lord Bertrand Russel eine Friedensstiftung, die Russel-Peace-Foundation gegründet. Ihre Aufgabe ist es, Friedens- und Konfliktforschung zu betreiben.

Zu diesem Zweck wurden von der Stiftung bisher zwei Tribunale durchgeführt, ein drittes wird jetzt vorbereitet. Thema des ersten Tribunals waren die Kriegsverbrechen der USA und ihrer Verbündeten in Vietnam. 22 Personen waren auf Einladung Bertrand Russels als Jury gekommen, unter ihnen Jean-Paul Sartre, Stokeley Carmichael, Wolfgang Abendroth, James Baldwin, Peter Weiss, Simonon de Beauvoir. Sie begriffen sich in der Tradition von Nürnberg - gemeint ist der Nürnberger Prozess gegen die Verbrechen der Nationalsozialisten, und die in diesem Prozess festgelegten Konventionen, Regeln und Gesetze der Verurteilung von Verbrechen gegen den Frieden und gegen Angriffskriege - allerdings mit dem Unterschied, daß nicht Staaten über Staaten zu Gericht saßen, sondern Männer und Frauen, die aufgrund ihres Eintretens für den Erhalt und Ausbau der Menschenrechte, gegen Völkermord und Unterdrückung Bekanntheit erlangt hatten.

Die Untersuchung wurde sorgfältig geführt und endete mit einer Verurteilung der festgestellten Verbrechen der USA und ihrer Verbündeten, begangen am vietnamesischen Volk.

Das zweite Tribunal untersuchte die systematischen, schweren und fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte in Südamerika. Auch hier wurde sorgfältig recherchiert und eine Fülle Material zusammengetragen und eine Reihe südamerikanischer Länder des vielfachen Verstoßes gegen die Menschenrechte überführt. Die USA wurden wegen der Unterstützung dieser repressiven Regierungen, der militärischen Aggression gegen Kuba und die Dominikanische Republik und der aktiven Beteiligung am chilenischen Militärputsch verurteilt. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Länder Lateinamerikas durch die Multinationalen Konzerne wurde nachgewiesen und verurteilt.

Das dritte Tribunal soll die Menschenrechtsverletzungen in der BRD untersuchen. Dabei betont die Russel-Stiftung nachdrücklich, daß es nicht darum geht die Bundesrepublik auf eine Stufe mit den Diktaturen Südamerikas oder mit der Situation in Vietnam zu stellen. Dem dritten Tribunal geht es um die Untersuchung von Grundrechtseinschränkungen in einer politischen Demokratie. In vielen, der Stiftung zugegangenen Apellen zur Einrichtung des Tribunals wird Besorgnis über die zunehmende Entwicklung undemokratischer Tendenzen ausgedrückt. Viele Apelle, besonders aus dem westeuro-

päischen Ausland, fragen auch nach möglichen Auswirkungen, die die Entwicklung in der BRD aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke für Europa haben kann.

(Äußerung der CDU/CSU: Wer die Bundesrepublik in der Hand hat, hat Europa in der Hand)

Aber Russel-Tribunale sind noch nie einfache Unternehmen gewesen, die Behinderung in unserem Land erfolgt von verschiedenen Seiten. Der SPD-Vorstand hat alle Mitglieder aufgefordert, keine Unterschrift zu leisten. SPD-Mitglieder sollen nicht als Zeugen auftreten. Die FDP hat die Jungdemokraten unter Druck gesetzt, so daß diese ihre Unterstützung zurückgezogen haben. Auf eine Anfrage der CDU/CSU erklärt der Bundesinnenminister Maihofer die Ziele des Tribunals für verfassungsfeindlich.

Vor einigen Wochen wurde der Russel-Foundation ein Geheim-Papier des Bundesinnenministers zugespielt in dem verschiedene Schritte zur Verhinderung des Tribunals aufgezeigt werden. Im folgenden drucken wir den 2. und 3. Teil aus diesem Papier ab, der in der Zeitung "links" im Feb. 78 erschien,

Internes Papier des Innenministeriums zum Russell-Tribunal

Ende Dezember 1977 wurden an verschiedene Adressaten (auch an das SB) Kopien eines Papiers aus dem Innenministerium verschickt, das als "Vermerk" bezeichnet wird und sich mit dem Russell-Tribunal beschäftigt. Dieser "Vermerk" vom 20.9.1977, eine "Verschlußsache - Nur für den Dienstgebrauch", trägt das Aktenzeichen des Referats ÖS 2-614300-R/21 und kann mit Sicherheit als authentisch betrachtet werden. Der "Vermerk" ist in drei Punkte gegliedert: 1. Lage, 2. Bewertung und 3. Mögliche Gegenmaßnahmen.

Der 1. Punkt "Lage" enthält zum Teil bekannte, zum Teil halbwahre oder ungenaue Angaben. Dieser Teil dürfte u.a. als Quelle für die "Antwort der Bundesregierung" auf eine Kleine Anfrage über das Russell-Tribunal gedient haben (Bundestagsdrucksache 8/1205 vom 21.11.1977; diese "Antwort" aus dem Bundesinnenministerium trägt übrigens das Aktenzeichen ÖS 2-624300 R/21). Wir verzichten darauf, den ersten Teil des "Vermerk" hier abzudrucken, da er keine wichtigen Informationen bringt und lediglich zeigt, wie schlecht hier recherchiert und überwiegend tendenziös formuliert wurde.

Wichtiger scheinen uns der 2. und der 3. Teil des "Vermerk", die in aller Deutlichkeit enthüllen, wie Beamte des Innenministeriums über "öffentliche Sicherheit" in der BRD denken und welche Erwägungen sie anstellen, um eine legitime, legale und öffentliche Veranstaltung, die ihnen nicht genehm ist, zu behindern, zu bekämpfen, zu kriminalisieren und wenn irgend möglich auch zu unterbinden. Diese internen Planspiele des Referates Öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium müssen wir öffentlich machen (z.B. bei Veranstaltungen), und sie müssen zudem für uns alle Ansporn sein, das Russell-Tribunal noch mehr

als bisher zu unterstützen. Letztlich ist dieser "Vermerk" ein weiteres höchst alarmierendes Zeichen dafür, wie notwendig ein Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der BRD inzwischen geworden ist. Daran ändert auch nichts, daß jetzt das Innenministerium, als es gegenüber dem "Berliner Tagesspiegel" die Echtheit des "Vermerks" bestätigte, diesen zugleich als unverbindliche Denkarbeit einer untergeordneten Stelle herunterzuspielen versuchte.

"links"-Redaktion
Die Teile 2. und 3. des "Vermerk" haben folgenden Wortlaut:

2. Bewertung

Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verfangen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinnten, aber schlecht und lückenhaft informierten. Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte, aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential schafft, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut starkt. Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

3. Mögliche Gegenmaßnahmen

Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen und Wirksamkeit hin im einzelnen zu prüfen.

3.1. Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden "Freispruch" zu erzielen.

Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeit und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderner oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit durch Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.

3.2. Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.

Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses

- der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und

- die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen

mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen.

Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu unangemessener Publizität verhelfen darf.

In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen

werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

3.3. Verbote

- nach dem Versammlungsgesetz Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen.

Erwogen werden könnte ein Verbot nach § 5 Ziff. 4 Versamm!G, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht kommen z.B. Strafatabestände nach §§ 89, 90a, 111, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigten, die staatlichen Organe der Bundesrepublik "belastenden" Zeugenaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweisicherung und aus Wirksamkeitsüberlegung eine polizeiliche Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach § 13 Abs. 1 Ziff. 4 Versamm!G dem Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist.

- nach dem Vereinsgesetz Da sowohl das Vorbereitungssekretariat als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von § 2 VereinsG sind, kommen Vereinsverbote gem. § 3 VereinsG in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß sie sich gegen die verfassungs-

mäßige Ordnung richten. Derartige Verbote könnten wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und einzuziehen, nachteilige Wirkung haben. Die o.g. für eine Verbotsverfügung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein.

- nach dem Ausländergesetz (§§ 6, 10 i.V.m § 18 AuslG und ggf. § 12 Aufenth. Gesetz/EWG).

In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gem. § 6 AuslG untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einreise verweigert werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik aus anderen als in § 10 Abs. 1 Ziffern 1-10 genannten Gründen beeinträchtigen würde.

3.4. Förderungszug

der öffentlichen Hand finanziell geforderte Gruppen das Tribunal unterstützen, sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Diffamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u.U. durch BMJFG und BMBW erfolgen.

3.5. Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG

Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z.B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art. 5), der Pressefreiheit (Art. 5, Abs. 1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.

Dieses Verfahren erscheint jedoch insbesondere angesichts der in ihrer Dauer begrenzten Aktion des Tribunals zu aufwendig und unangemessen. Auch dürfte es im Hinblick auf die hohen vom Verfassungsgericht gestellten Anforderungen (den beiden bisher gestellten Anträgen wurde nicht entsprochen!) schwerfallen, die für Erfolg versprechende Anträge notwendigen Sachverhalte nachzuweisen.

3.6. Aufklärung und Information der Öffentlichkeit

Durch intensive Aufklärung und Information muß die Öffentlichkeit im In- und Ausland über

- Hintergründe und die wahren Ziele der das Tribunal tragenden Gruppen, - die das Tribunal in Wirklichkeit betreibenden Kräfte,

- eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z.B. Gewerkschaften, Richter- und Anwaltsvereine und

- die wirklichen Umstände der von dem Tribunal verzerrt dargestellten Sachverhalte (z.B. Behandlung von Häftlingen, Eignungsprüfung für den Öffentlichen Dienst) und die Gründe für ihre rechtsstaatliche demokratisch legitimierte Regelung unterrichtet werden.

Diese Aufklärungs- und Informationskampagne könnte getragen und koordiniert werden von BPA, den Referaten für Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Ressorts, insbesondere von BMJ, AA und BMI, den Akademien für politische Bildung, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, der von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus sowie der von BPA, AA, BMJ und BMI gebildeten interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt.

Die 2. Empfehlung - Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums - wurden bereits umgesetzt. Neben den Parteien, die ihre Mitglieder aufgefordert haben, das Tribunal nicht zu unterstützen oder daran teilzunehmen, hat sich auch der DGB Vorstand geäußert. Er versandte ein Brief an alle DGB-Bezirke, aus dem wir auszugsweise zitieren.

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

- Abt. Vorsitzender -

Postanschrift: DGB Bundesvorstand 4 Düsseldorf 1 Postfach 2601

Düsseldorf
Hans-Böckler-Str. 39 (Hans-Böckler-Haus)
Fernsprech-Sammelnummer (02 11) 4 30 11
Drahtanschrift: DGBvord Düsseldorf
Fernschreiber: 859 4322 a dgb d

An alle
DGB-Landesbezirke
DGB-Kreise

3. Internationales Russell-Tribunal

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

In seiner Dezember-Sitzung beschäftigte sich der Bundesvorstand eingehend mit dem von der privaten "Bertrand Russell Peace Foundation Ltd.," geplanten 3. sogenannten "Russell-Tribunal" über Verletzung von Menschenrechten in der Bundesrepublik Deutschland. . . .

. . . Zu dieser Jury wurde ein deutscher "Beirat" gewählt, der die Jury in allen anstehenden Fragen beraten soll und auch an deren Sitzungen teilnimmt, bei der abschließenden Beurteilung aber kein Stimmrecht besitzt. Dem Beirat gehören an:

- 1) Dr. Ingeborg D R E W I T Z
Schriftstellerin, seit Anfang 1973 Mitglied des "Pressedienst Demokratische Initiative", Unterzeichnerin von Aufrufen kommunistisch-beeinflußter Organisationen, seit Januar 1976 stellvertretende Vorsitzende des "Verband Deutscher Schriftsteller", Präsidiumsmitglied des PEN der Bundesrepublik Deutschland.

- 2) Prof. Helmut G O L L W I T Z E R
Theologe, Mitarbeiter der prokommunistischen "Christlichen Friedenskonferenz",
Unterstützer in Wort und Schrift der kommunistisch-gesteuerten Kampagnen
gegen atomare Bewaffnung, Notstandsgesetze, Vietnankrieg und "Berufsverbote".
- 3) Prof. Wolf Dieter N A R R
Politologe an der FU Berlin, Mitglied der SPD, Mitglied des "Arbeitsaus-
schusses" des "Sozialistischen Büros" (SB) in Offenbach.
- 4) Martin N I E M Ö L L E R
Theologe, Ehrenpräsident des prokommunistischen "Weltfriedensrates", u.a.
Träger des Leninpreis (1967), Büromitglied der DKP-beeinflußten "Konferenz
für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ).
- 5) Prof. Uwe W E S E L
Politologe FU Berlin, zeitweilig Vizepräsident der FU Berlin.

Selbstverständlich bemühen sich die Initiatoren und nun auch die bereits gebilde-
ten Gremien des Tribunals um eine Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften in
der Bundesrepublik Deutschland, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu er-
reichen und um die herrschende Isolierung linksextremistischer Gruppen in unserer
Gesellschaft aufzubrechen.

Auch der DGB ist Anfang dieses Jahres durch einen Beschluß des Beirats zu Ge-
sprächen über das Russell-Tribunal aufgefordert worden.

Angesichts der politischen Zielsetzungen, der Zusammensetzung der Initiativ-
gruppen sowie der "berufenen Gremien" dieses Tribunals sieht sich der DGB nicht
in der Lage, diese "Veranstaltung" zu unterstützen.

Da es sich bei den Initiatoren und Mitwirkenden dieses Tribunals
z.T. zweifelsfrei um Vertreter DGB-feindlicher Gruppen handelt,
die das Ziel verfolgen, die Bundesrepublik Deutschland als einen
faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat darzustellen,
Ziele also, die sich auch gegen den DGB wenden, fordert der Bundes-
vorstand die Mitgliedschaft auf, sich in keiner Weise an der Vorbe-
reitung oder Durchführung dieses Tribunals zu beteiligen.
Eine Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen oder einzelner Gewerk-
schaftsmitglieder würde sich strikt gegen die Interessen des DGB
auswirken.

Die DGB-Landesbezirke und die DGB-Kreise werden um Beachtung und entsprechende
Bekanngabe dieses Beschlusses gebeten.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz O. Vetter

Teile des Briefes stimmen wortwörtlich mit dem 1. Teil des Verfassungsschutz-
papiers überein, der schon im vergangenen Herbst im Bulletin des Innenministers
veröffentlicht wurde. Im zweiten Teil des Briefs werden die Mitglieder der Jury
und des deutschen Beirats "charakterisiert". Dabei wurde nicht mit Unterstellungen,
Gerüchten und Mutmaßungen gespart, um diese Leute in die linksextreme Ecke zu
drängen und zu kriminalisieren. Die Art und Weise, in der der DGB-Vorstand hier
vorgegangen ist, erinnert stark an die üble Praxis des Verfassungsschutzes und die
Handhabung von Berufsverboten. Es wird alles getan, um das Russel-Tribunal zu
kriminalisieren und seine Durchführung zu verhindern.

Wer hat den längsten Arm?

oder nochmals : PC-II Klausur

Der Sachverhalt ist bereits bekannt: Um den Professoren im Fach PC die Befriedigung zu verschaffen, daß alle Studenten dieses Fach optimal betreiben und die Vorlesungen stets gut besucht sind, wurde im FB7 beschlossen (wo, wann und von wem ist niemals so richtig an die Öffentlichkeit gedrungen) den Studenten eine neue Regelung aufzulasten.

Gleichzeitig am Ende des 2. und 3. Semesters neue Klausuren einzuführen, wäre wohl ein wirksames, aber anscheinend doch zu spektakuläres Mittel. Verlegte man aber den Stoff des 3. auf das 2.+4. Semester, so bräuchte man wohl nur eine Klausur durchzuboxen und hätte im 2. Semester volle Bänke. Zusätzlich hätten die Professoren mehr Zeit, der Forschung und Wissenschaft zu dienen.

Nachdem wohl so mancher Kopf im FB7 mit solcherlei Gedanken schwanger war, ließ man die neue Kunde bei den Studenten, die den Ernst der Lage wie gewöhnlich erst sehr spät erfaßten, durchsickern.

Erst nachdem bereits der Termin für die Klausur (14 Tage vor Semesterende) bekannt gegeben wurde, machte sich so mancher klar, was da auf ihn zukam. Woher sollte man schon die Zeit nehmen, für eine Klausur über ein derart schwieriges Gebiet wie die Thermodynamik zu lernen, wenn die Woche sowieso schon randvoll mit Arbeit gestopft ist und außerdem noch Prüfungen in Mathematik und Analytik anstehen.

27 von 30 Studenten des 2. Semesters entschlossen sich daraufhin zum Widerstand gegen diese Neuregelung. Sie unterschrieben einen offenen Brief an die Professoren des FB7, indem diese informiert wurden, daß das 2. Semester nicht gewillt sei, sich eine weitere Klausur auflasten zu lassen und beschlossen habe, ihr solidarisch fern zu bleiben.

Um den ganzen Sachverhalt noch einmal offiziell und öffentlich zu diskutieren, wurde von der FS Chemie die Semester 1-3 und Professoren der PC und Anorganik zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen.

Die Diskussion zeigte eindeutig verhärtete Fronten auf: Es wurde klar, daß es den Professoren nicht darum geht, den Studenten möglichst effektive Lehrveranstaltungen anzubieten, unkritisch und notfalls mit Gewalt den ihnen verordneten Lehrplan durchzusetzen. Offene Drohungen blieben daher nicht aus. Zum Beispiel bemerkte Professor Haase: Man könne ja wohl jederzeit jeden, der versuchte, um die neue Klausur herumzukommen, in den Wissensabfragungen zu den einzelnen Versuchen in PC im 4. Semester auf die Note 6 prüfen.

Andererseits beriefen sich die Studenten darauf, im laufenden Semester jederzeit ihr bestes getan zu haben. Auch die Einführung 10 neuer Klausuren würde sie nicht zu weiteren Leistungen zwingen können. Aus diesen Gründen sehe man die neue Klausur als ungerechte Bestrafung an.

Aus dieser Sachlage heraus war es zu erwarten gewesen, daß die Diskussion kein befriedigenden Ergebnisse brachte. Vorschläge der Studenten, die Klausur künftig durch andere, verständlichere Maßnahmen wie etwa Anwesenheitspflicht während der Vorlesung zu ersetzen, wurden von Seiten der Professoren nicht aufgenommen. Auch hierin manifestiert sich die Einstellung der Professoren zu ihrer Lehrtätigkeit.

Am nächsten Tag wurde von einer geringen Mehrheit der Studenten beschlossen, die Klausur doch zu schreiben, wenn von Seiten der Professoren ein Termin angeboten würde, bis zu dem jeder ausreichend Gelegenheit hat, sich mit dem Stoff der Klausur vertrauter zu machen (Anfang des 3. Semesters). Diesem Wunsch wurde wenige Tage darauf vom Dekan des FB7 entsprochen.

Somit war es wohl doch gelungen, eine neue Klausur einzuführen. Die Hoffnung der Studenten, doch irgendwie die Prüfung zu bestehen und somit das Studium auf dem Wege der "Zähne zusammen beißen und durchhalten"-Philosophie zu bestehen hat wohl den Weg damit geebnet. Nun, wer will es jemandem verdenken, wenn dieser nicht gewillt ist, ständig um seine Selbständigkeit und seine Rechte zu kämpfen. Aber es sollten vielleicht mehr Studenten daran denken, daß die Durchhalte-einstellung unsinnig ist, weil man nicht erwarten darf, daß man nach dem Studium mit offenen Armen in einem krisenfesten und sorglosen Arbeitsplatz aufgenommen wird.

Zum Schluß will ich allerdings doch noch etwas optimistischer erwähnen, daß es auf jeden Fall für unser ganzes Semester eine erfreuliche Erfahrung war, daß sich 90% gemeinsam gegen die neue Verschärfung der Studienbedingungen ausgesprochen haben und dies durch ihre Unterschrift belegt haben. Und noch etwas ist den Studenten klar geworden: jeder Professor versucht die Bemühungen der Studenten mit Gewalt allein auf sein Fach zu lenken. So gesehen ist es nur eine Frage der Zeit, wann aus einer anderen Richtung eine Studienverschärfung zu erwarten ist. Und es ist nur eine Frage der Solidarität der Studenten, ob sie durchgesetzt wird. Die Studenten des 2. Semesters wissen, daß nichts mehr in das Studium hineingepackt werden kann. Wer es jetzt noch nicht sieht, dem wird es anfang des 3. Semesters klar werden, wenn er sich auf die Eingangsklausur zum Praktikum vorbereiten muß.

Ein Student des 2. Semesters.



CHEMIESTUDIUM

1980??

Ein Tip von mir an alle Chemiestudenten (besonders 1. Semester): zieht zu größeren Wohngemeinschaften zusammen und legt euch ein Hausmädchen zu, das euch euren ganzen Kram erledigt. Für private Arbeiten und Besorgungen habt ihr im Studium keine Zeit mehr!

Short Communication:

Vorläufiger Rechenschaftsbericht des studentischen Mitglieds der Kommission zur Erarbeitung einer Satzung für das Institut für OC + BC (Anfang Februar 1978)

Sirs,

Auf der ersten Sitzung im Juni 77 war die Mehrheit der Kommission dafür, die Sitzungen des Direktoriums nicht öffentlich stattfinden zu lassen und kein Sitzungsprotokoll auszuhängen. Ich habe der Nichtöffentlichkeit der Sitzungen nur deshalb zugestimmt, weil dafür dann wenigstens ein Beschlußprotokoll ausgehängt wird. Für die Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls waren auch zwei Professoren. - Im Institut OC + BC muß die Öffentlichkeit der Direktoriumssitzungen nicht unbedingt ein Vorteil sein, da die Konflikte unter der Professorenschaft dann einfach durch interne Vorbesprechungen wegretuschiert würden.

In der zweiten Sitzung Ende Januar 78 wurde die Einigung, ein Beschlußprotokoll auszuhängen, über den Haufen geworfen. Der Ständige Ausschuß II hatte nämlich mittlerweile eine Musterordnung für Institute erarbeitet (s. "Die Hochschule " vom 12.1.78), deren Paragraph 11 eine sinn-gemäße und damit der Rechtsinterpretation offene Übertragung der Geschäfts-ordnung des FBR vorschlägt. Und da nach der Rechtsauffassung einiger Pro-fessoren die Veröffentlichung von Protokollen rechtswidrig ist (aber nur einiger Professoren des FB 9, nicht jedoch z.B. des FB 7), wurde das Bonbon der ersten Sitzung, nachdem ich ein bißchen dran Lutschen gedurft hatte, wieder einkassiert.

In der Frage, das studentische Direktoriumsmitglied von den studentischen FBR-Mitgliedern oder den studentischen Institutsmitgliedern wählen zu las-sen, ist in der Kommission an mein Demokratieverständnis appelliert wor-den: Die Wahl durch die Studentischen Institutsmitglieder sei demokratischer. Das finde ich auch, obwohl sich ein solches Demokratieverständnis natürlich von einem gemeinhin ebenfalls als demokratisch beurteilten Wahlmänner-verfahren wie bei unsrem großen Bruder weg auf die direkte ("plebiszitäre") Demokratie zubewegt, die nach den Weimarer Erfahrungen offiziell verpönt ist.

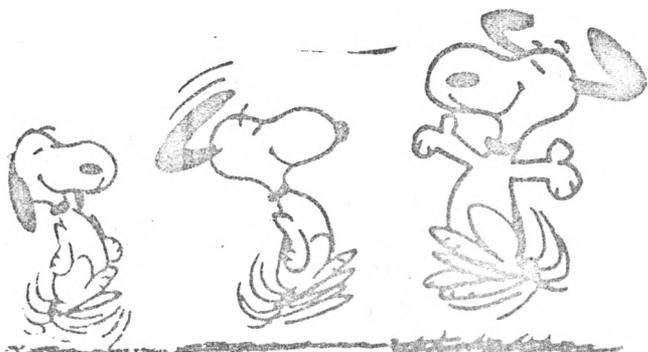
...ich habe darauf verzichtet, in der Frage der Protokollveröffent-lichung an das Demokratieverständnis der Professoren zu appellieren.

Die Studenten, die dem Institut nicht als Diplomanden, Doktoranden o.a. auf längere Zeit verbunden sind - die Teilnahme an einem Praktikum in OC oder BC erfüllt diese Bedingung nicht, sind nach Meinung der Mehrheit der Kommission keine Institutsmitglieder. (In FB 3 und 6 ist das anders.) Die Studenten dürften daher die Einrichtungen des Insti-tuts nicht benutzen, wenn ihnen dies nicht nach §4 HUG als Mitgliedern der Universität erlaubt wäre.

Su muy seguro servidor,

Ulrich Gesenhues &

& To Whom All Correspondence Should Be Addressed



Selbstorganisation der Zivildienstleistenden

Schluß mit dem Gewissens - TÜV !

Kampf dem Arbeitsdienst !

Die letzten Wochen künden einschneidende Veränderungen im Zivildienst an:

- die Heimschlaferlaubnisse sollen generell abgeschafft werden,
- immer mehr Zivildienstleistende werden zu heimatortfernen Dienststellen einberufen,
- sämtliche Zivildienstleistenden sollen kaserniert werden,
- Strafversetzungen häufen sich,
- die Macht der Dienststellen und Verbände wird durch die Übergabe von Verwaltungsaufgaben verstärkt,
- der Zivildienst soll auf den Zivil- und Katastrophenschutz ausgeweitet werden,
- eine erneute Verlängerung der Dienstzeit ist im Gespräch.

In all diesen Punkten drückt sich aus, daß im Zivildienst mehr und mehr die militaristischen Bestimmungen des Zivildienstgesetzes zur Anwendung kommen sollen, damit sich der Zivildienst zum Arbeitsdienst entwickelt.

Dies lehnen wir entschieden ab. Wir wollen keinen neuen Reichsarbeitsdienst!

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dem Antrag der CDU/CSU auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Wehrpflichtnovelle stattzugeben, gibt grünes Licht für weitere Verschärfungen im Zivildienst, weil die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung den Zivildienst nicht „lästig“ genug gestalten. Gleichzeitig wird die Gewissensprüfung wieder eingeführt, die menschenunwürdig und erniedrigend ist.

Weil wir diese Entwicklung nicht hinnehmen wollen, rufen wir alle Kriegsdienstverweigerer, Zivildienstleistenden und alle fortschrittlichen Menschen auf, im Januar in einer Aktionswoche (23.1. - 27.1.) und einer bundesweiten Demonstration am 28.1. in Dortmund den Protest energisch an die Öffentlichkeit zu tragen. Wir rufen dazu auf, in der Aktionswoche Veranstaltungen durchzuführen und für den 27.1. Warnstreiks zu planen.

Unsere direkte Aktions- und Streikforderung lautet:

**KEINE KASERNIERUNG VON ZIVILDienstLEISTENDEN!
SOFORTIGE SCHLIEßUNG DER ZIVILDienstKASERNE "VINCKEHOF"!**

Diese Aktionen sind

- für die Zivildienstleistenden wichtig, weil sie durch ihren Dienst von den Verschärfungen als erste betroffen sind!
- Sie sind für die von den Zivildienstleistenden Betreuten wichtig, weil die Kasernierung, das stundenweise Ausleihen von Zivildienstleistenden und der Einsatz von Zivildienstleistenden anstelle qualifizierten Personals ihre Betreuung gefährdet.
- Sie sind für unsere Arbeitskollegen wichtig, weil der zunehmende Einsatz von Zivildienstleistenden als weitgehend rechtlose und billige Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze gefährdet und Tarifikämpfe erschwert.
- Sie sind für zukünftige Kriegsdienstverweigerer wichtig, weil jetzt die Weichen für die Entwicklung des Zivildienstes gestellt werden.
- Sie sind für Mädchen und Frauen wichtig, weil Herr Iven ab 1985 auch sie zum Zivildienst einberufen will.

**VÖLLIGE ABSCHAFFUNG DES GEWISSENSPRÜFUNGSVERFAHRENS !
FREIE WAHL DER DIENSTSTELLE – KEINE KASERNIERUNG VON ZDL !
KEINE VERSETZUNG GEGEN DEN WILLEN DER BETROFFENEN –
RÜCKNAHME DER BISHERIGEN STRAFVERSETZUNGEN !
KEIN PLANSTELLENABBAU DURCH DEN EINSATZ VON ZDL !
GEGEN DIE VERLÄNGERUNG DES ZIVILDienstES AUF 18 MONATE !**

Wenn es Nacht wird in Darmstadt und Umgebung - oder:
Wie die bösen Studenten die armen Professoren um ihre Verdienste Nachtruhe gebracht haben

Wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen zu erfahren ist, schlafen die armen Professoren der Anorganischen und Kernchemie in letzter Zeit schlecht. Nicht etwa, daß sie schlicht überarbeitet seien, oder, wie man in letzter Zeit sagt, permanent unter Streß stünden, nein, die Gründe liegen tiefer. Versuchen wir, sie herauszufinden.

Lassen wir zunächst Professor J. G. zu Wort kommen:

"Also, bis etwa 1967, da war die Welt für uns ja noch in Ordnung, da wußte man wenigstens noch, wer was zu sagen hatte, und alles ging seinen gewohnten Gang. Probleme hatten wir so gut wie keine, die haben wir immer schnell aus der Welt geschafft, indem wir schnell entschieden haben. Da konnte uns noch keiner reinreden.

Doch dann wollten die Studenten plötzlich Mitbestimmung. Was die damit meinten, hat sich dann schnell herausgestellt. Denen ging es nicht etwa nur darum, dabeizusitzen und brav zuzuhören, die wollten verändern. Die haben dann angefangen, am Studium herumzukritisieren, dabei wissen doch nur wir, was gut für die Studenten ist. Und dann die Vorschläge. Studienreform wollten sie haben, bessere Studienbedingungen und mehr Mitspracherechte. Dabei ist mir das völlig unverständlich. Wir haben doch auch jahrelang studiert, und was für uns gut war (schließlich sind wir Professoren) wird doch wohl noch für die heutige Studentengeneration ausreichend und gut sein.

Und dann beschweren die sich übers Praktikum im 2. und 3. Semester, da sei so eine giftige Atmosphäre, die äußeren Bedingungen seien schlecht, die Abzüge funktionierten nicht. Also ich kann nur sagen: Ganze Generationen von Chemikern haben unter viel schlimmeren Bedingungen studiert, und die leben heute noch.

Und jetzt wählen die Vertreter, die sogenannte Fachschaft (igittigitt).

Das ist das Allerschlimmste. Die kommen dann her und wollen die Studenten



über angebliche Mißstände hier informieren und geben bekannt, wenn wir immer mehr Gelder für Chemikalien wollen, mal so ein süßes kleines Kolloquium einführen, über die Praktika usw.. Statistik nennen die das. Auch über die Notenentwicklungen machen die sowas.

Wir haben ja nichts dagegen, daß die Studenten informiert werden, aber dann sollen die, die informiert werden wollen, doch zu uns kommen. Wir sagen ihnen dann schon, was sie zu einzelnen Problemen wissen müssen, schließlich haben wir ja den Überblick. Dazu braucht man natürlich etwas Zeit. Da kann es zwar einmal vorkommen, daß unterwegs etwas liegen bleibt (d. h. daß einige Informationen nicht bei uns ankommen), aber entscheidend ist und bleibt doch der Gesamtüberblick.

Und vor allem wie die informieren. Statt daß die das in ihren sogenannten Vollversammlungen machen (wir können ja verhindern, daß da viele hingehen, indem wir einfach zu dem Zeitpunkt eine Vorlesung ansetzen oder im Praktikum etwas anziehen; vielleicht sollte man die Vorlesungen im Zintl gar verbieten, schließlich haben wir im Fachbereichsrat ja die Mehrheit), kommen die dann und plakätieren, kündigen Vollversammlungen an, teilen auf diesen Plakaten die Probleme mit und wie sich so einige renitente Studenten dagegen wehren usw.. Deshalb habe ich im Fachbereichsrat auch den Antrag ge-



stellt, daß die Studenten nur noch an ihrem Brett (das können wir ja klein genug halten) und an den Flügeltüren der Praktika ihre Sachen ankündigen können, und der ist dann auch mit unseren Stimmen durchgekommen. Schließlich soll das Zintl - Institut ja unsere gute Stube sein und nicht beklebt werden (wenn die nur Tesafilm zum Bekleben benutzen, ist das ja gut, das kann man ganz schnell wieder runterreißen, wenn die sich nicht daran halten). Man stelle sich doch nur einmal vor, da kündigen die Studenten an, daß sie Flugblätter vor Merck bei den Arbeitern und Angestellten verteilen wollen, um über ihre Probleme zu unterrichten, und dann kommen vielleicht Vertreter von Merck und sehen das, wie das auf die wirken muß. Schließlich haben wir denen von Merck viel zu verdanken.

Oder die Vertreter von ausländischen Hochschulen, was sollen die denn von unserem Staat halten, wenn die sehen, wie es hier zugeht. Und dann die Ästhetik. Wenn die hier wenigstens Bilder aufhängen könnten (es muß ja nicht gleich Picasso sein). Damit würden die uns unterstützen, das Image der Hochschule zu verbessern. Statt zu kritisieren sollten die lieber studieren.

Doch das ist noch nicht alles. In letzter Zeit hat es die Fachschaft ganz besonders schlimm getrieben. Die haben da so ne Studieneinführung (Orientierungstage haben die das genannt) für Erstsemester gemacht, also ich muß schon sagen empörend. Schließlich ist das doch allein unsere Sache, Studienberatung zu machen. Vielleicht sollte man das denen verbieten?

Am Anfang gings ja noch, da waren die ja noch ganz ruhig. Doch dann, am zweiten Tag, haben die ne Rallye gemacht, da sind dann hundert Studenten im Zintl rumgesprungen und haben uns in unsrem Dornröschenschlaf gestört. Da ist doch so eine Gruppe glatt ins Zimmer von einem Professor reingerannt und hat nach dem Geheimnis des gefleckten Stickstoffs im osmotischen Nebel gesucht - noch nie was davon gehört. Und am Abend dann ne Feier. Übrigens, bei den Feiern krieg ich doch langsam Angst. Was da so alles passieren kann, ich meine, die Verantwortung, daß da plötzlich ne Flasche



Salzsäure ausgetrunken wird, kann man schon aus Sicherheitsgründen nicht übernehmen (au verdammt, da fällt mir ein, daß die Fachschaft im Fachbereichsrat schon ein paarmal die Sicherheitseinrichtungen bemängelt hat; z. B. daß die Arzneimittelschränke nicht aufgefüllt sind, die Gasmasken nicht an den Plätzen liegen, die Praktika - schon wieder).

Und dann gibts da noch was: wenn wir so tun, als könnten wir die Verantwortung nicht mehr übernehmen, dann können wir dafür, daß die Feste nicht mehr stattfinden dürfen, sogar der Fachschaft die Schuld geben indem wir sagen, daß sie die Studenten ja noch nicht mal führen könnten. Und außerdem laufen da abends manchmal so merkwürdige Gestalten im Institut herum.

Kürzlich kam ich abends aus meinem Zimmer, da treffe ich einen meiner Kollegen. Wir haben uns dann über unsre Probleme unterhalten, und ich kann nur sagen, die werden immer größer. Einmal die Studenten, die keine Ruhe geben, dann die Feste, die Plakate (was da wohl morgen wieder drauf steht). Es wird immer schlimmer. Ich geh jetzt nach Hause, ich hab keine Ruhe mehr."

"Vielen Dank, Professor J. G.. Hoffen wir, daß es ihnen bald wieder besser geht. Lassen wir jetzt kurz (wegen der Ausgewogenheit) auch noch die Fachschaft zu Wort kommen."

"Die Fachschaft kann nur sagen, daß für sie die Ausführungen des Herrn G. sehr aufschlußreich waren. Sie freut sich, daß jetzt endlich ganz deutlich die Gründe für das Verbot der Plakatierung und der Feste genannt wurden. Sie ist aber der Meinung, daß diese nicht ausreichend sind und daß die Verbote lediglich der Disziplinierung dienen. Schließlich ist es nicht so, daß im Zintl Tag und Nacht plakatiert und gefeiert würde. Sie ist auch der Meinung, daß gegenüber den Studenten eine Informationspflicht besteht, daß die Studenten die Verbote nicht hinnehmen sollten und ruft dazu auf, die Verbote nicht zu beachten."

Anmerkung der Redaktion:

Dieses Gespräch fand nicht in Wirklichkeit statt, aber die Aussagen sind sowohl vom Inhalt als auch der Diktion her von Professorensseite gefallen, das heißt, es besteht ein Verbot, an anderen als an den Stellen, die Prof. J. G. erwähnt hat, zu plakatiert und es existiert genauso eine Empfehlung im Zintl - Institut keine Feste mehr zu gestatten. Für die Fachschaft bedeutet dies eine rigorose Einschränkung ihrer Informationspflicht und der Rechte, Veranstaltungen durchzuführen, und es ist nicht einzusehen, warum sie dies hinnehmen sollte. So wird sie in Zukunft, befolgt sie den Plakatierungsbeschluß und die Empfehlung zu den Festen (wofür der Dekan sein Einverständnis nicht mehr geben will), nur noch in unzureichendem Maße Vollversammlungen ankündigen und Fachschaftsfeste durchführen können.

What ever you do
Fachbereichsrat



is watching you !

ÜBER DIE VERGANGENHEIT UND DIE ZUKUNFT

Gestern
als wir noch Kinder waren
und unerfahren
Gestern
als noch Blumen blühten
dort
wo heute
Stahlgerüste
den stufenweisen Tod verkünden
Gestern
wo für uns noch Werte galten
wie Glück und Liebe
Dieses Gestern ist vorüber
Zerstört durch unsere
Atombomben, Wasserstoffbomben und andere
und irgendwann
nicht weit
wird unsere Zukunft genauso perfekt zerbombt werden
wie unsere Vergangenheit
wie unsere Vergangenheit

von Thomas Held



Termine:

Fachschaft: Di 18⁰⁰ Uhr

Basisgruppe: Mi 17⁰⁰ Uhr

Arbeitsgruppe Hochschuldidaktik

Mi 19⁰⁰ Uhr

alle im Zintl / Raum 89

Und abends ab 19.30 Uhr in den Schloßkeller, eine Kneipe der Studentenschaft, d. h. kleine Preise, große Unterhaltungsmöglichkeiten und ab und zu Programm

- jeden Dienstag Folkveranstaltung des Folk - Clubs
- und fast jedes Wochenende Musik live

Die übrigen Abende werden von den Gästen gestaltet

Der Schloßkeller ist Sonntags und Montags geschlossen.